

# Schönburger Tageblatt

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.  
Annahme von Inseraten für die nächstfolgende Nummer bis vormittags 11 Uhr.  
Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 1 Mk. 25 Pf. Einzelne Anz. 5 Pf. Inserate pro Zeile 10 Pf., Einzelz. 20 Pf. Tabellarischer Satz wird doppelt berechnet.

## Waldenburger Anzeiger.

Filialen: in Altstadtwaldenburg bei Herrn Kaufmann Otto Förster; in Kaufungen bei Herrn Fr. Janaschel; in Langenchursdorf bei Herrn S. Stiegler; in Penig bei Herrn Wilhelm Dahler, Cigarrengeschäft an der Brücke; in Rochsburg bei Herrn Paul Zehl; in Wolkensburg bei Herrn Ernst Köhler; in Ziegelheim bei Herrn Eduard Kirsten.

### Amtsblatt für den Stadtrath zu Waldenburg.

Zugleich weit verbreitet in den Städten Penig, Lunzenau, Bichtenstein-Gallenberg, und in den Ortschaften der nachstehenden Standesamtsbezirke:  
Altstadt-Waldenburg, Bräunsdorf, Callenberg, St. Egidien, Ehrenhain, Frohnsdorf, Falken, Grumbach, Kaufungen, Langenchursdorf, Langenleuba-Niederhain, Langenleuba-Oberhain, Niedermiera, Oberwiera, Oberwinkel, Delsnitz i. G., Reichenbach, Remse, Rochsburg, Rußdorf, Schlagwitz, Schwaben, Wolkensburg und Ziegelheim.  
Fernsprecher Nr. 9.

Nr. 103.

Sonnabend, den 5. Mai

1900.

**Witterungsbericht**, aufgenommen am 4. Mai, nachm. 4 Uhr.  
Barometerstand 766 mm. reducirt auf den Meerespiegel. Thermometerstand + 17,5° C. (Morgens 8 Uhr + 14° C.) Feuchtigkeitsgehalt der Luft nach Lambrechts Polymeter 34%. Hauptwind + 4,5 Grad. Windrichtung: Nordwest.  
Daher **Witterungsaussichten** für den 5. Mai: Wechselnde Bewölkung, Niederschläge nicht ausgeschlossen.

### Bekanntmachung.

Die am 30. dieses Monats fällig werdende **Staatseinkommensteuer** auf den **1. Termin dieses Jahres** ist innerhalb drei Wochen vom Fälligkeitstage ab, also längstens

bis zum **21. Mai a. c.**

an die hiesige Stadtsteuereinnahme abzuführen.

Nach Ablauf dieser Frist muß gegen die Säumigen das Mahn- und Zwangs-

vollstreckungsverfahren eingeleitet werden.

Der fällige Steuerbetrag ist etwaiger gegen die Einschätzung eingewendeter Reclamation ungeachtet, vorbehaltlich der späteren Ausgleichung, zu bezahlen.

Waldenburg, am 25. April 1900.

Der Stadtrath.

Kretschmer,  
Bürgermeister.

Dr.

Waldenburg, 4. Mai 1900.

In aller Erinnerung dürften noch die Klagen sein, die vor zwei Jahren über die Fleischnoth bei uns laut wurden. Die Preise, namentlich der des Schweinefleisches waren in der That gegenüber denen in den beiden Vorjahren etwas gestiegen. Die Schuld an der Fleisch-Vertheuerung wurde vielfach dem zum Schutze gegen die Einschleppung von Seuchen gegen fremde Staaten bestehenden Einfuhr-Verbote für lebendes Vieh zugeschrieben, und es wurde verlangt, daß die Grenzsperrre aufgehoben werde. Auch die Parteien bemächtigten sich der Sache. Wie wurde damals in freisinnigen und socialdemokratischen Zeitungen über die ungerechte Vertheuerung des Fleisches für die arbeitende Bevölkerung geklagt und auf die „Agrarier“ gescholten!

Dank der Einsicht und der Festigkeit der Regierungen blieben die Einfuhr-Verbote aufrecht. Der Erfolg war, wie er von ihnen und von den Landwirthen vorausgesetzt war: die Viehpreise der Jahre 1897 und 1898 spornen die deutschen Landwirthe zur größeren Aufzucht von Vieh, besonders von Schweinen an und führten wieder ein geregelteres Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage herbei; die Preise sind gefallen, der Verbrauch ist gestiegen. In Karlsruhe beispielsweise sank der Preis für das Kilo Schweinefleisch von 1,28 auf 1,12 Mark, während sich der Fleisch-Verbrauch auf den Kopf der Bevölkerung, der 1897 73 kg betrug und 1898 72,49 kg (also ganz unbedeutend im Verhältnis zu den Klagen!) gesunken war, 1899 auf die ungeahnte Höhe von 77,62 kg, demnach um 5,13 kg hob.

Was wäre wohl geschehen, wenn die Regierungen dem Drange nach Aufhebung der Grenzsperrre Folge gegeben hätten! Dann hätte die Einfuhr fortgedauert, unsere Landwirtschaft hätte sich nicht zu der jetzigen Leistungsfähigkeit aufschwingen können, die hinreicht, um den größten Theil des inländischen Bedarfes zu decken; ja, es wäre wahrscheinlich durch die unvermeidliche Einschleppung von Viehseuchen eine weitere Verminderung unserer Schweinezucht eingetreten und dabei wären die Preise ebenso hoch geworden, und zwar dauernd, wie sie 1898 vorübergehend waren. Statt einen Genesungs-Proceß durchzumachen, hätten wir uns eine chronische Krankheit zugezogen, mit einem Wort: das Geld, das jetzt im Inland bleibt und unserer bedürftigen Landwirtschaft zu gute kommt, wäre ins Ausland gewandert, und unsere Bauern wären noch ärmer geworden.

Es zeigt sich schlagend, wie kurzfristig die waren, die nur das augenblickliche Interesse der Verzehrer im Auge hatten und die Interessen unserer Landwirtschaft opfern wollten. So aber haben die deutschen Landwirthe einen Erfolg zu verzeichnen, der ihnen zur Ehre gereicht und der nicht verfehlt wird, ihren Muth aufzurichten und sie zu weiteren Anstrengungen anzuspornen.

### Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Der Kaiser hat die Errichtung eines Denkmals für Herzog Friedrich, seinen Schwiegervetter, in Kiel genehmigt.  
Dem Kaiser Franz Joseph widmet die „Nordd. Allg. Ztg.“ einen Begrüßungsartikel, dessen Sperrdruck auf die amtliche Quelle hinweist. Der Artikel schließt folgendermaßen: „Der greise Monarch, der schon unserem großen ersten Kaiser ein langjähriger, bewährter Freund gewesen ist, steht als treuer Bundesgenosse Kaiser Wilhelm's II. wie durch seine edle menschliche Persönlichkeit dem Herzen des deutschen Volkes besonders nahe. Der innigen Zuneigung, welche Kaiser und König Franz Joseph unserem Herrscherpaar und dem Kronprinzen, seinem Patenkinde, entgegenbringt, entspringt der spontane Wunsch, bei der bedeutungsvollen Familienfeier im deutschen Kaiserhause, die zugleich ein Fest der ganzen Nation ist, in unserer Mitte zu weilen. In dem Besuch seiner kaiserlichen und königlichen apostolischen Majestät erblicken wir ein neues Unterpfand der unwandelbaren Freundschaft zwischen den Herrscherhäusern Hohenzollern und Habsburg und ein werthvolles Zeugniß für die Festigkeit des von Bismarck und Andrassy geschaffenen Werkes, das, durch den Beitritt Italiens zum Dreibund erweitert, seine friedliche Bestimmung bisher erfolgreich erfüllt hat und in guten Beziehungen zu allen anderen Mächten hoffentlich noch lange erfüllen wird.“ Ähnlich schreibt der Reichsanzeiger.

Dem Staatssekretär des Auswärtigen Grafen Bülow, der gestern seinen 51. Geburtstag feierte, wurde vom Kaiser ein Tafelausatz aus der königlichen Porzellanmanufaktur zum Geschenk gemacht.

In der Rechnungscommission des Reichstags ist der Antrag der socialdemokratischen Mitglieder, der durch die Reisen des Kaisers veranlaßten Etatsüberschreitung die Genehmigung zu versagen, gegen die Stimmen der Socialdemokraten abgelehnt worden. Durch die Theilnahme des Staatssekretärs Grafen Bülow an der Palästina-Reise des Kaiserpaars war bei dem Auswärtigen Amte bekanntlich eine Etatsüberschreitung von 40,000 Mk. eingetreten. Das Auswärtige Amt theilte mit, daß auf Reiskosten des Staatssekretärs 14,000 Mk. entfielen, auf Räte, Sekretäre, Chiffreure noch an 11,000. Der socialdemokratische Abg. Wurm bestritt, daß diese Ausgaben im Interesse des Staats geschehen seien; da die Reise des Kaisers nach Jerusalem eine Privatreise gewesen, mußten auch diese Etatsüberschreitungen der kaiserlichen Privatkasse zur Last fallen. Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte, Frhr. v. Richthofen, erklärte dem gegenüber, daß der Kaiser niemals so wie irgend ein Privatmann eine Reise mache. Er bleibe immer der Vertreter des Staats und seine Reisen seien stets mit Interessen des Staats verknüpft. Auf den Reisen erlebige er die Staatsgeschäfte, habe er das Recht, selbst auf einer Badereise z. B. Krieg zu erklären oder Frieden zu schließen, und alle Untkosten, welche durch die

Erledigung der Staatsgeschäfte auf Reisen erwachsen, seien durch die Reichskasse zu tragen. Der Unterstaatssekretär wies zur Begründung seiner Ausführungen namentlich darauf hin, daß Kaiser Wilhelm I. während des Badaufenthalts in Ems 1870 die Kriegserklärung erließ, der das deutsche Reich sein Dasein verdanke.

Die Budgetcommission des Reichstags hat sich bereits mit den Steuervorschlägen zur Flottenvorlage, die ihr Tags zuvor vom Plenum überwiesen worden waren, beschäftigt und mehrere derselben erledigt. Man sieht also, es geht jetzt mit Vollbampf voraus, und ehe Pfingsten herankommt, wird der Reichstag wohl schon in der glücklichen Lage sein, auf seinen Vorbeeren ausruhen zu können. An der vom Plenum vorgeschlagenen Börsensteuer hat die Budgetcommission Aenderungen vorgenommen, indem sie beschloß, die Umsatzsteuer nicht, wie vorgeschlagen, von 2/10 auf 5/10 pro Mille zu erhöhen, sondern nur auf 4/10 pro Mille. Dagegen hat sie die Emissionssteuer erhöht, und zwar für inländische Papiere von 1 auf 2%, statt auf 1 1/2% und für ausländische auf 2 1/2 statt auf 2%. Ferner hat die Commission eine Subcommission eingesetzt, die die Frage prüfen soll, wie die sogen. Compensationsgeschäfte, welche die Banken „in sich“ machen, steuerlich zu erfassen seien. Die Berathung über den Lotteriestempel wurde auf den heutigen Freitag vertagt, da der Abg. Gröber (Str.) der einschlägigen Bestimmung eine Fassung geben will, durch welche der Totalisator sicher getroffen wird, eine Bestimmung, gegen welche die Conservativen mit größter Entschiedenheit protestiren.

Die Feierlichkeiten aus Anlaß der Großjährigkeits-Erklärung des Kronprinzen Wilhelm beginnen am heutigen Freitag mit dem Einzuge Kaiser Franz Josephs in Berlin. Die Reichshauptstadt hat ein prächtiges Festkleid angelegt, und in den Feststraßen tummelt sich ein zahlreiches Publikum. Von deutschen Fürsten ist Großherzog Friedrich von Baden bereits am Donnerstag in Berlin eingetroffen und vom Kaiser empfangen worden. König Albert von Sachsen kommt am Sonnabend dort an. Die französische Regierung hat den Botschafter am deutschen Kaiserhofe, Marquis Roailles, mit der besonderen Mission beauftragt, dem Kaiser die Glückwünsche des Präsidenten und der Regierung der französischen Republik zur Feier der Großjährigkeit des Kronprinzen darzubringen. Damit werden die wiederholten Beweise zarter Aufmerksamkeit und Ritterlichkeit, die Kaiser Wilhelm der Republik gegeben, von dieser beantwortet. Wiener Blätter sprechen schon im Voraus ihren Dank aus für die herzliche Aufnahme, die Oesterreichs Kaiser ohne Zweifel in der Hauptstadt des deutschen Reiches finden wird. Sie weisen ferner auf die gleichzeitige Anwesenheit des italienischen Kronprinzen in Berlin hin und betonen, daß nicht nur Kaiser Wilhelm, sondern auch das deutsche Volk gewillt ist, an dem Dreibunde festzuhalten.

Zum Fleischschaugefetz wird der „Köln. Ztg.“ von conservativer Seite gemeldet, daß die Bemühungen der conservativen Abgeordneten Graf Rinkowström, Graf